

Verbandszeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Abteilungsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen

Ercheint monatlich am Sonnabend
Ergänzungspreis: vierteljährlich 2,10 Mark; unter Abrechnung 2,20 Mark
Eingetragen in die Postverzeichnisse

Verleger u. verantwortl. Redakteur: H. Krieger, Berlin-Charlottenberg
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schilderstraße 6
Druck: Hermanns Buchdruckerei-Dauklinger & Co., Berlin S. 23, 63

Informationspreis:
Geschäftsanzeigen: toter die schlagzeilen: Anzeigenliste 10 Pfennig
Schluß für Inserate: Freitag früh 9 Uhr

Hans Ragerl †

Der Tod ist rücksichtslos und unerbittlich. Man hat er jahrelang gewütet und Millionengräber im Kriege geschaffen und verschont doch auch die nicht die ihrer friedlichen Arbeit nachgehen und wie unser bewährter Hauptkassierer Hans Ragerl, sich schwer von ihrer Pflicht und ihrer ihnen lieb gewordenen Arbeit, ihrem treu verwalteten Amt trennen mochten.

Unser guter Hans, die Pflichttreue in Person, ist am Sonnabend, den 10. Mai, abends 10 Uhr, nach kurzem Krankenlager gestorben. Nur wenige Tage war er krank. Die Aufregungen des Krieges und der Verbandsarbeit während der Zeit und die jetzt sich immer mehr häufende Arbeit, diese seelische Aufregung, haben auch zur Untergrabung seiner Gesundheit beigetragen, vor allem aber die schlechte Ernährung, hatte ihn körperlich immer mehr heruntergebracht. Er verließ nicht früher seinen Posten, bis ihn die Schwäche, das Fieber, ans Bett gefesselt hielt. Und auch da noch war er immer, so lange er bei Bewußtsein war, an seiner Arbeit. Die Kollegen im engeren Hauptvorstand hatten ihm angeraten, eine Erholungsstätte, einen Badeort aufzusuchen, wenn er noch transportfähig wäre. Davon wollte er nichts wissen, bevor seine vorliegende Arbeit erledigt ist. Noch am letzten Lebensabend, im Fieber, sprach er davon: „Erst der Verbandstag, — dann — nachher!“ In dem Gedanken an seine Pflicht und seine Arbeit starb er, er sollte den Verbandstag nicht mehr erleben.

Kollege Hans Ragerl, von Beruf Brauer, war am 1. Juni 1862 zu Altbach (Bayern) geboren. In seinem Beruf kam er auch nach Frankfurt a. M., wo ihm das Vertrauen der Kollegen das Amt als Kassierer und Vorsitzender übertrug. Von dort aus wurde er auf dem Verbandstag 1898 in Stuttgart zum Hauptkassierer des Verbandes, dessen Sitz zurzeit in Hannover war, gewählt. Mitte Mai 1898 trat er sein Amt an, er hat es also bis auf wenige Stunden 21 Jahre innegehabt. Ein Kassierer war er, wie ein Kassierer sein muß. Immer auf Ordnung und Mäßigkeit der Kasse bedacht, der wichtigsten Lebensquelle einer Arbeiterorganisation. Dabei war er aber auch nicht blind gegenüber Notwendigkeiten, die die Finanzen plötzlich oder stärker als gewöhnlich in Anspruch nahmen. Was ein Kassierer an dem Aufbau und der guten Fundierung, der Sicherstellung der Organisation tun kann, das hat er in vollstem Maße getan. Ein prächtiger Mensch, gerade und mit offenem Charakter, war er bei allen beliebt, die ihn näher kennen zu lernen Gelegenheit hatten, und es dürfte kaum jemand geben, der ihm nicht wohlwollte.

Wir haben an Hans Ragerl einen lieben Freund und praktischen Mitarbeiter für die Organisation und der Verband einen eifrigen und pflichttreuen Beamten verloren. Sein Andenken in Ehren zu halten ist eine Dankeschuld für alle Beteiligten. In früh hat ihn der Tod ereilt. Gearbeitet hat er für sein Leben genug, möge er nun in Frieden ruhen!

Redaktion der Verbandszeitung
Verbandsvorstand und Hauptverwaltung
Verbandsauschuß

Zum Verbandstag

Der wichtigste Punkt unseres diesjährigen Verbandstages wird die Frage der Beitragserhöhung sein. Für die Behauptung, daß die Erhöhung erforderlich ist, fehlt jeder Beweis. Nehmen wir uns die Nr. 17 unserer „Verbandszeitung“ zur Hand und lesen mit Überlegung den Jahresbericht für 1918, so werden wir finden, daß wir mit einem Überschuß von 104.948,44 Mk. abgeschlossen haben. Zudem haben wir an Kriegszunahme 53.309,50 Mk. veranschlagt, welcher letzterer Betrag in Zukunft ganz in Wegfall kommt. Daß wir für das kommende Jahr noch besser abschließen werden, unterliegt keinem Zweifel, zumal wir mit großer oder besser gesagt mit langfristigen Streiks nicht zu rechnen brauchen. Durch das Eingreifen der Schlichtungsausschüsse sind fast alle bisherigen Differenzen in kurzer Zeit beigelegt worden, so daß unsere Kassen wenig oder fast gar nicht in Anspruch genommen wurden. Unser Verband zählte am Schluß des Jahres 1918 36.677 Mitglieder, zurzeit sind es über 50.000, mithin eine Zunahme von circa 14.000 Mitgliedern. Diese 14.000 Mitglieder kommen in bezug der Zahlung sehr wohl in Betracht, da dieselben eine Unterstützung statutengemäß nicht beanspruchen können und somit eine reine Einnahme von wöchentlich etwa 8000 Mk. in Frage kommt. Das sind 416.000 Mk. für das kommende Jahr.

Wir sehen also, daß eine Beitragserhöhung gar nicht erforderlich ist. Durch derartige unnötige Maßnahmen werden wir mehr schädigen als gut machen, denn nicht mit hohen Beiträgen und wenig Mitgliedern kommen wir zum Ziele, sondern mit einer Organisation, in der auch der letzte Berufskollege seinen Platz gefunden hat. Dies können wir aber nur erreichen, wenn wir unsere Beiträge nicht zu hoch schrauben, sondern wenn sie im Verhältnis zum Einkommen auch bestritten werden können. Gälten wir Schritt mit den übrigen Gewerkschaften in bezug auf Einkommen, Beiträge und Leistungen, sorgen wir für eine intensive Agitation, so daß jeder Berufskollege sich anschließt, das ist die beste Beitragserhöhung. Mit der Forderung hoher Beiträge können wir keine neuen Mitglieder gewinnen, das erschwert unsere Agitation.

Also, Hände weg von der gefährlichen Sache. Wir leben in der Übergangszeit. Schon wird nach Abbau der Löhne geahndet. Und die Zeit wird kommen. Womit sollen dann die hohen Beiträge bezahlt werden? Wir werden ein blaues Wunder erleben, wenn uns unsere Mitglieder dann scharenweise den Rücken kehren. Was wir mühselig errungen haben, das wollen wir auch erhalten.

Mögen unsere Delegierten auf dem Verbandstag die Frage der Verjüngung aller in der Nahrungs- und Genussmittelbranche tätigen Arbeiter zu einem geschlossenen großen Verbande nähertreten, damit mit den großen Aufgaben, die uns bevorstehen, gerecht werden können. Denn nur eine große geschlossene Organisation kann uns einer besseren Zukunft entgegenführen.

Witten a. d. R. Friedr. Werpul.

Da mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen ist, daß die kleinen Zahlstellen nur wenig oder gar nicht auf dem Verbandstag vertreten sind, erlaube ich mir als Vertreter einer kleinen Zahlstelle, auf diesem Weg meine Ansicht zur Geltung zu bringen. Wie ja nicht anders zu erwarten ist, wird wieder eine Beitragserhöhung kommen müssen. Doch möchte ich den Delegierten ganz besonders ans Herz legen, bei den niederen Lohnklassen die Schraube nicht allzuehr anzuziehen. In Nummer 18 der „Verbandszeitung“ ist eine Reihe von Beiträgen enthalten, die fast alle bei einem Wochenlohn von 35 Mk. ab schon eine Mark Beitrag vorlegen, ein einziger Antrag (Hilfsburg) schlägt bei einem Wochenlohn von 30 Mk. und mehr 1,25 Mk. vor. Mir erscheint bei einem Wochenlohn von 35 Mk. eine Mark Beitrag als viel zu hoch, dagegen die Schenkung bei einem Wochenlohn von 30 Mk. und mehr von nur 25 Pf. als zu niedrig und zu wenig demokratisch. Sicher zahlt ein Kollege bei 30 Mk. Wochenlohn leichter 2 Mk. Beitrag als ein Kollege bei 35 Mk. eine Mark. Ich habe die Empfindung, daß, wenn eine Beitragserhöhung notwendig, dieselbe mehr auf die hohen Löhne geschlagen werden muß. Ein Wochenlohn von 35 Mk. entspricht wohl einem Lohn von etwa 18 Mk. vor dem Kriege, ich brauche dies wohl nicht erst zu begründen. Wir leben im Zeitalter des Markensystems und der Höchstpreise, müssen unsere zuteilten Rationen in den Provinzküchen und auf dem Lande fast zu denselben Preisen bezahlen wie in der Großstadt, ist also mit einem Lohn von 35 oder 40 Mk. nicht viel anzufangen. Ich persönlich würde ja im Interesse unserer Sache jedes Opfer bringen, doch ist zu bedenken, daß es in den kleinen Zahlstellen Kollegen gibt, die nur schwer für den Verband zu gewinnen sind, denen es an der gewerkschaftlichen Bildung mangelt, da können wir nicht mit 1 Mk. Beitrag kommen. Das gleiche gilt in bezug auf Agitation, die ja in der Hauptsache noch auf dem Lande zu geschehen hat. Da

können wir nicht mit solchen hohen Beiträgen kommen. Da habt ihr es in den großen Betrieben sehr freilich leicht, das geht aber auf dem Lande nicht. Wollt ihr uns die Arbeit nicht ungemein erschweren, so verschont die niederen Lohnklassen, darunter verstehe ich in der jetzigen Zeit Löhne bis zu 50 Mk. Ich bitte die Delegierten bei der Beschlußfassung dies zu beachten.
Hans Oberländer, Rötzenburg o. d. Tauber.

Der Verbandstag würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er sich eingehend mit der Frage beschäftigt würde, ob nicht die Eintragungen über zu beziehende resp. bezogene Unterstützungen vereinfacht werden könnten. Bereits dem letzten Verbandstag lag ein diesbezüglicher Antrag vor. Es sei hier in aller Kürze noch einmal skizziert, in welcher umständlicher Weise die Eintragungen zu erfolgen haben und was für einen ungeheuren Zeitaufwand ihre Erledigung erfordert.

Bei dem erstmaligen Bezug von Gewerkschaftenunterstützung (gleich ob krank oder arbeitslos) ist im ersten Sinne die Mitteilung über „Gezahlte Unterstützung am Ort“ auszufüllen. Hier sind folgende Fragen zu beantworten:

1. Mitgliedsnummer,
2. Laufendes Quartal,
3. Kategorie,
4. Vorname,
5. Zuname,
6. Geburtsort,
7. Geburtsort,
8. Eintrittsdatum,
9. Eintrittsort,
10. Beginn der Gewerkschaftsmitgliedschaft,
11. Letzter Wochenbeitrag,
12. Anzahl der geleisteten Marken,
13. Spezialisierung der Marken,
14. Beginn des ersten Unterstüßungsbezuges.

Diese Fragen werden auf der oberen Hälfte des Scheines gebucht. Auf die untere Hälfte wird alsdann die Unterstüßung eingetragen. Diese Mitteilung bleibt aber während des laufenden Quartals in der Zahlstelle. Damit nun aber auch die Hauptkasse von diesem Vorgang Kenntnis erhält, ist Ausfüllung eines weiteren Formulars notwendig, auf welchem folgende Fragen gestellt werden:

1. Name des Mitgliedes,
2. Beruf,
3. Geburtsort,
4. Geburtsort,
5. Verbandsnummer,
6. Beginn der neuen Unterstüßungsperiode,
7. Ende der alten Periode,
8. Name des Mitgliedes,
9. Länge der Berechtigungsperiode,
10. Name des Mitgliedes.

(Es ist das drittemal, daß auf diesem Formular diese Frage gestellt wird.)

11. Eintrittsdatum,
 12. Eintrittsort,
 13. Letzter Wochenbeitrag,
 14. Anzahl der geleisteten Beiträge,
 15. Wieviel Beiträge seit letzter Periode geleistet,
 16. Anzahl der seit Abtritt in eine höhere Beitragsklasse geleisteten Beiträge.
- (Bei den Fragen 14, 15 und 16 ist spezifiziert anzugeben in welchen Klassen die Beiträge gezahlt wurden.)

17. Wieviel Unterstützung das Mitglied pro Tag erhält. Es hat sodann die Ausfüllung eines dritten Formulars zu erfolgen. Unterstüßungsausweis genannt; dieses wird in das Mitgliedsbuch gestellt. Hier werden folgende Eintragungen verlangt:

1. Name,
 2. Verbandsnummer,
 3. Anzahl der geleisteten Beiträge,
 4. Angabe, bis zu welcher Höhe das Mitglied bezahlt hat,
 5. Anmerkung, daß, wenn das betr. Mitglied eine bestimmte Anzahl Beiträge geleistet hat, es zum Bezug weiterer 15 Tage Unterstützung berechtigt ist,
 6. a) Wieviel das Mitglied bei Arbeitslosigkeit, b) wieviel bei Krankheit erhalten hat,
 7. Anmerkung, daß, wenn das Mitglied 26 erhaltene Beiträge geleistet hat, wieviel es dann bei Arbeitslosigkeit und bei Krankheit erhält,
 8. Ob § 17 Ziffer 7 in Anwendung kommt.
- Nach Ausfüllung der genannten Formulare erfolgt noch die Eintragung in das Mitgliedsbuch, Unterstüßungsbuch und in die örtliche Kartotek.
- Es sei zugegeben, daß in Geldangelegenheiten, und noch dazu im Unterstüßungswesen, eine peinliche Registrierung unbedingt notwendig ist. Damit ist es aber noch lange nicht erforderlich, eine Anzahl Fragen drei, vier, ja sogar sechsmal zu wiederholen. Gerade dadurch, daß in ein und derselben Angelegenheit eine derartig hohe Anzahl Formu-

Wann. Umwertung auf die Reichsregierung, daß nach der Reichsversicherungsordnung die Übergänge herabgesetzt wird.

Reichenhall. Seine Zukunftsplanung selbständiger Arbeiter zusammen mit größeren Betrieben.

Deisen. Die Delegierten zum Gewerkschaftskongress werden beauftragt, dort für die Betriebsorganisation einzutreten.

In Punkt 6 der Tagesordnung.

Gifhorn. Die Gewerkschaftsvorstände sind durch ihre Verbände am Anglied des deutschen Volkes schuld.

Mitglieder des Vorstandes, die für die sozialistische Mehrheitspartei Wahlkandidaten werden, für die Organisation aber keine Zeit haben, sind zu entlassen.

In Punkt 6 der Tagesordnung.

Düsseldorf. Der nächste Verbandstag findet in Düsseldorf statt.

Halle. Der nächste Verbandstag findet in Halle statt.

Wiesbaden. Der nächste Verbandstag findet in Wiesbaden statt.

Tarifverträge im württembergischen Oberlande.

Ulm. Die Arbeiter der Brauerei Hülle sind dem Verband vollständig beigetreten und versuchten durch die Organisation eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Die Direktion hatte in ihrer Kurzsichtigkeit unter der Botmäßigkeit des Domänenrats eine Verhandlung mit dem Bezirksleiter abgelehnt und versuchte in einer hartnäckigen Weise den Arbeitern unter Ausschaltung ihrer Organisation wiederum einen sogenannten Hausrecht aufzutragen.

Reutlingen. Die Arbeiter der Brauerei Hülle sind dem Verband vollständig beigetreten und versuchten durch die Organisation eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Die Direktion hatte in ihrer Kurzsichtigkeit unter der Botmäßigkeit des Domänenrats eine Verhandlung mit dem Bezirksleiter abgelehnt und versuchte in einer hartnäckigen Weise den Arbeitern unter Ausschaltung ihrer Organisation wiederum einen sogenannten Hausrecht aufzutragen.

Schor. Das Tarifverhältnis mit Brauereibesitzer Göt wurde auf ein weiteres Jahr erneuert. Die Arbeitszeit wird auf 8 Stunden festgesetzt; die Verzögerung derselben beträgt 2 Stunden. Der Wochenlohn einschließlich der bisherigen Teuerungszulage wurde um 10 Pf. erhöht.

Die Kollegen im württembergischen Oberlande mögen aus dem Verlauf dieser Bewegungen erkennen, daß es möglich ist, auch in den rückständigsten Orten zeitgemäße Verbesserungen zu schaffen, wenn die Arbeiter den Wert der Organisation erkannt haben.

Westpreußen.

Die Arbeitnehmer der Dirschauer Mühlenwerke, Joh. Kolbe u. Wendlandt, beauftragten in der Versammlung am 11. Februar den Kollegen Bientkowski, ihre Forderung einer Lohnerhöhung um 20 Proz. für alle Beschäftigten einzureichen.

Jobald eine Erhöhung der Mühlenmiete erfolgt, eine weitere Aufbesserung vorzunehmen. Jedoch als der Vertrag unterzeichnet werden sollte, hat sich Herr Kolbe bis Freitag abgesetzt.

Kollege H. verhandelte nun durch den Schlichtungsausschuß eine Einigung herbeizuführen, jedoch ohne Erfolg. Zum Betriebsausschuß können die dortigen Kollegen kein Vertrauen haben, da dieser von Kolbe selbst ernannt wurde.

Auf Grund dieser Aussagen des Obmannes des dortigen Arbeiterausschusses hielt der Schlichtungsausschuß ein weiteres Eingreifen nicht für notwendig. Der Obmann des Arbeiterausschusses, Barwick, erklärte, daß Herr Kolbe nicht in der Lage sei, eine Lohnerhöhung zu zahlen.

Die Handlungsweise reizte die Arbeiter aufs äußerste, und es gab keinen anderen Ausweg, als das letzte unserer Mittel zur Anwendung zu bringen und in den Ausstand zu treten.

So etwas sollte doch in Dirschau nicht passieren, daß man mit dem Organisationsvertreter über Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandelt, da könnte Dirschau den Namen als Domäne des östpreussischen Junkertums verlieren.

Als nun Herr Kolbe sieht, daß ihn alle Mächte verlassen haben, will er mit dem Arbeiterausschuß verhandeln, den er aber genau so haßt wie die Organisation.

Als bemerkenswert ist noch zu erwähnen, daß Mühlenbesitzer Kolbe vor dem Schlichtungsausschuß erklärte, nicht in der Lage zu sein, höhere Löhne Arbeitern zu zahlen.

Das ist ein Beweis, daß die Arbeiter in Dirschau nicht nur in der Lage sind, höhere Löhne Arbeitern zu zahlen, sondern auch die Organisation zu unterstützen.

Darum ihr polnisch sprechenden Kollegen von ganz Westpreußen, steht nicht zurück, laßt Euch durch niemand beirren, stellt Euch in Reih und Glied mit Euren deutschen Brüdern.

arbeiten an. Kollegen der Dirschauer Mühlenwerke, stellt Euch in Zukunft tren und fest zur Organisation, Ihr habt es gesehen, wo Eure Interessen am besten wahrgenommen werden.

Bewegungen im Berufe.

Brauerien, Biermiederlagen.

† Braunschweig. In der Versammlung am 4. Mai unter dem in Braunschweig verhängten Belagerungszustand gab zunächst Kollege Naaf Bericht über das 1. Quartal.

Auf unsere Eingabe vom 31. März, betreffs Regulierung der Arbeitszeit der Landbierbäuer, erstattete Kollege Naaf den Bericht von den Verhandlungen mit dem Syndikus.

Zum Schluß gab Kollege Müller noch einen kurzen Ueberblick über die Einigungsverhandlungen betreffs des „Kollsefreund“-Unternehmens, an dem doch auch unser Verband mit einer Opposet beteiligt ist.

† Oslaw. Die Brauerei Berthold u. Co. und die Frau-Domäne beteiligten eine Zulage von 12 Pf. pro Woche für die männlichen und 6 Pf. für die weiblichen Arbeitnehmer.

† Leipzig. Eine Brauereiarbeiterversammlung, an der sämtliche Kategorien teilnahmen, tagte am Sonntag, 4. Mai, im Volkshaus und beschäftigte sich mit dem Bericht über die Verhandlungen mit dem Brauereibereiter.

Die Diskussion war eine sehr rege, aber auch sehr scharfe. Ein Antrag, daß von Montag ab die Arbeit ruhen soll, wurde mit stürmischem Brato aufgenommen.

Die Diskussion war eine sehr rege, aber auch sehr scharfe. Ein Antrag, daß von Montag ab die Arbeit ruhen soll, wurde mit stürmischem Brato aufgenommen.

† Schwennungen-Danauefingen. Mit der Firma Braunmüller, Bärenbrauerei wurden neue Vereinbarungen getroffen, wodurch die Arbeitszeit herabgesetzt wurde.

